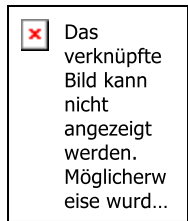


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am
17.04.2023 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sabine Albrecht

Frau Birgit Bessin

Frau Jutta Böttcher

Herr René Haase

Herr Detlef Helgert

Frau Heike Kühne

Herr Hans-Georg Nerlich

Frau Katrin Witt

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Herr Erik Dilling

Herr Rüdiger Lehmann

Herr Martin Donath

Gäste

Frau Trempler

Kreishandwerkerschaft

Entschuldigt fehlten:

Sachkundige Einwohner

Herr Steffen Große

Herr Andreas Jädicke

Herr Robert Kallmeyer

Frau Ailine Lehmann

Herr Max Zauber

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2023
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Vorstellung der Koordinierungsstelle "Barrierefrei" Teltow-Fläming
- 7 Die Digitalisierung des Gesundheitsamtes – bisherige Fortschritte, aktueller Stand, zukünftige Entwicklungen und Ziele
Beschlussvorlagen
- 8 Evaluierung des Leitbildes 6-4876/22-LR/3
- 8.1 Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (SPD-Kreistagsfraktion) 6-5004/23-KT
- 8.2 Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (Fraktion CDU/BV/FDP/VUB) 6-5024/23-KT

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Böttcher eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste.
Zu der mit der Einladung übergebenen Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2023

Die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2023 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Zu diesem TOP liegen keine Anfragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Gurske nahm in Vertretung der Landrätin am Flüchtlingsgipfel teil. Wie auch in der Presse dargestellt, blieben die Ergebnisse eher ernüchternd aus Sicht der Kommunen.

Seitens des Landkreistages wurde vorab ein gemeinsames Forderungspapier an die Landesregierung gerichtet. Das Forderungspapier enthielt Punkte wie deutliche Ausweitung der Kapazitäten der Erstaufnahme, Schaffung von Landesübergangseinrichtungen für Menschen, die nach erster Einschätzung keine Bleibeperspektive haben, Verlängerung der Verweildauer in der Erstaufnahme, Unterstützung der Landkreise bei der Immobiliensuche durch die Bereitstellung von Landes- oder Bundesimmobilien und die Frage der finanziellen Unterstützung der Landkreise.

Im Ergebnis des Flüchtlingsgipfels hat das Innenministerium zugesagt, die Kapazität der Erstaufnahmeeinrichtungen um 3.000 Plätze zu erhöhen, wobei weder der Zeitpunkt noch der konkrete Ort für die Aufstockung der Plätze genannt wurden. Es ist zugesichert worden, dass auf die Landkreise und Kommunen, bei denen die Erweiterung stattfinden soll, noch einmal zugegangen wird.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen Landesübergangseinrichtung war die Meinung der Landräte einhellig, dass das keine kommunale Aufgabe ist, sondern die Verantwortung weiterhin beim Land liegt.

Positiv zu bewerten ist, dass die Landesübergangseinrichtung mit dem Grundgedanken des Chancenaufenthaltsgesetzes verknüpft werden soll. D.h., dass man sich auch in der Landesübergangseinrichtung den Menschen mit Sprach- und Arbeitsangeboten zuwenden will, um so Bleibeperspektiven zu entwickeln. Hinsichtlich der Fragen zu Kita und Schule hat die Ministerin darauf verwiesen, dass bereits flächendeckend Standardabsenkungen bestehen. Die zeigen sich darin, dass die Frequenz für Willkommensklassen erhöht worden ist. Im Bereich Kita wirbt das Ministerium von Ausnahmegenehmigungen Gebrauch zu machen. Das spielt für den Landkreis Teltow-Fläming keine große Rolle, weil ohnehin in der Versorgung von Kita-Kindern der Bedarf nicht gedeckt werden kann und die Ausnahmegenehmigung bereits auf den Weg gebracht wurde, um überhaupt die Grundversorgung im Landkreis absichern zu können.

Es ist zugesichert worden, dass bis Oktober die Möglichkeit für Standardabsenkung in den Unterkünften für Geflüchtete weiterbesteht. Die Flüchtlingszahlen waren im Monat Februar und März zwar niedriger als im Januar, es gibt aber noch keine neue Hochrechnung seitens des Landes. Es ist also weiter von 1.761 aufzunehmende Personen für Teltow-Fläming auszugehen.

Für den Landkreis Teltow-Fläming bedeutet das, nach Abzug der noch vorhandenen freien Einzelplätze in den Übergangseinrichtungen, 1.400 zusätzliche Plätze. Bei einer Kapazität von 80 bis 100 Personen in einer Gemeinschaftseinrichtung sind es rechnerisch 14 Einrichtungen die in diesem Jahr im Landkreis neu zu schaffen wären.

Zur Sicherung der Kapazitäten will und muss der Landkreis verstärkt die Versorgung von SGB II-Beziehern mit Wohnraum fordern und fördern.

Frau Witt bittet um Informationen zu den ukrainischen Flüchtlingen.

Herr Dilling berichtet, es gibt zweiwöchige Telefonkonferenzen der Landkreise mit dem MSGIV.

Der Leiter der Zentralen Ausländerbehörde des Landes nimmt daran teil und berichtet über die aktuellen Entwicklungen. Aktuell gibt es täglich Zugänge von 30 bis 50 Personen in den zentralen Einrichtungen des Landes. Herkunftsländer sind die klassischen Herkunftsländer Syrien, Afghanistan, vermehrt auch Pakistan. Aus der Ukraine ist eine zu vernachlässigende Zahl an Zugängen zu verzeichnen.

Die Erstaufnahmeeinrichtung Wünsdorf wird um 500 Plätze ausgebaut in Containerlösung. Die Stadt Zossen bekommt damit eine auf 900 Plätze erhöhte Kapazität. Insgesamt sollen

die Erstaufnahmeeinrichtungen ein Plus im ersten Schritt von 1.500 Plätzen bekommen an drei Standorten.

Die Einrichtungen im Landkreis Teltow-Fläming sind überwiegend belegt. Einzelplätze können ggf. noch nutzbar gemacht werden, was teilweise mit Umverteilungen der Bewohner einhergeht. Zum Ende eines jeden Monats werden durch die Zentrale Ausländerbehörde die aktuellen Zuweisungszahlen benannt.

Bedingt durch die Zuweisungszahlen ist man verstärkt auf der Suche nach Immobilien. Es gibt kaum Gebäude, die sofort nutzbar sind. Dem Landkreis wurden jüngst weder Bundes- noch Landesimmobilien angeboten.

Bei den ukrainischen Flüchtlingen gab es am Standort Zossen gute Vermittlungen. Die Notunterkunft in Dabendorf mit einer Kapazität von 90 Plätzen konnte zum 31.03.2023 geschlossen werden. Die Stadt will den Standort zukünftig als Schulstandort ausbauen. Alle Bewohner konnten in Wohnraum vermittelt werden.

Es gibt noch einzelne Wohnungsangebote im Süden des Landkreises. Der Norden des Landkreises stellt ein großes Problem bei der Integration in den Wohnungsmarkt dar.

Frau Bessin fragt nach, ob es in der Stadt Zossen eine weitere Gemeinschaftsunterkunft geben soll? Mit Beschluss der Verteilsatzung im Kreistag wurde festgeschrieben, dass die Stadt Zossen keine Flüchtlingszuweisungen erhält, da in Wünsdorf eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes ist.

Herr Dilling antwortet, dass es derzeit keine konkreten Planungen gibt. Der Beschluss des Kreistages zur Verteilsatzung rührt aus einer Zeit, in der die Zuweisungszahlen noch nicht so hoch waren und man davon ausging, eine gleichmäßige Verteilung im Landkreis sicherstellen zu können.

Inzwischen werden Objekte in allen Kommunen geprüft. Im Zweifel sind in den Mittelzentren am ehesten noch Objekte zu finden. Auch in Zossen wurden Objekte besichtigt. Grundsätzlich ist das Ziel, nach Möglichkeit keine Turnhallen oder Zelte zu nutzen. Dem müssen sich andere Entscheidungen letztlich unterordnen.

Frau Witt möchte wissen, wie die Auszahlung der Mittel entsprechend der Richtlinie für ambulante soziale Dienste zum Quartal erfolgt, ebenso die Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen u.a. in der Schuldnerberatung.

Herr Dilling erklärt, diese Aufgabe ist derzeit bei ihm angesiedelt. Die Auszahlung der Mittel wird vorgenommen, auch wenn es zu Verzögerungen kommen kann.

Frau J. Böttcher fragt nach der Unterstützung der Betreuungsvereine entsprechend des KT-Beschlusses und des Abschlusses der Vereinbarungen.

Herr Dilling antwortet, es sind noch keine Vereinbarungen geschlossen und dementsprechend keine Auszahlungen vorgenommen worden. Eine weitere Beantwortung wird nachgereicht.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Zu diesem TOP liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 6

Vorstellung der Koordinierungsstelle "Barrierefrei" Teltow-Fläming

Frau Trempler, Geschäftsführerin der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, stellt die Koordinierungsstelle vor. Begonnen hat es 2015 mit dem Netzwerk Gesundheitsdienstleister. Mit dem Programm Pakt für Pflege entstand die Idee, eine Koordinierungsstelle für den Landkreis zu etablieren. Diese Koordinierungsstelle befand sich bereits in der Gründung, weil der Grundgedanke war, dass die betroffenen Menschen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung verbleiben können.

Sinn dieser Koordinierungsstelle ist es, Erfahrungsaustausch und Vernetzung zu organisieren. Es ist ein Netzwerk ganz besonders für die Arbeitsebene, natürlich auch für Ansprechpartner in den Städten und Gemeinden. Es ist ein Netzwerk entstanden von sehr engagierten Menschen im gesamten Landkreis.

Sie stellt die Homepage www.kostbar-tf.de vor. Dort sind die Regionen mit den entsprechenden Angeboten hinterlegt. D.h., diejenigen, die in der Region arbeiten, können sich informieren und vernetzen. Die ersten Netzwerkveranstaltungen fanden in Luckenwalde und Trebbin statt, um vor Ort die Angebote anzuschauen.

Die Netzwerk-Landkarte wächst. Es ist auch ein Antrag hinterlegt, um Angebote zur Veröffentlichung einzureichen. Die Netzwerkveranstaltungen finden jetzt in den einzelnen Regionen statt, um die Probleme zusammenzufassen, die während der Installation von den Projekten im Landkreis auftreten.

Frau Witt fragt nach dem Mehrwert dieser Koordinierungsstelle gegenüber dem Pflegestützpunkt. Was ist mit den anderen sozialraumorientierten Angeboten in den Kommunen, die es schon gibt? Wie finanziert sich diese Stelle? Was leisten sie konkret für den Menschen vor Ort, was nicht andere auch können?

Herr Dilling antwortet, der Fokus bei dieser Koordinierungsstelle ist ein etwas anderer als beim Pflegestützpunkt. Im Zentrum des Augenmerks stehen die handwerkliche Ausgestaltung der Aufgabe. Das ist das Plus und der Mehrwert dieser Koordinierungsstelle, dass der fachliche Blick und Kenntnis vorliegen.

Das Netzwerk, mit dem die Koordinierungsstelle ursprünglich angefangen hat, ist das Netzwerk Gesundheitsdienstleister – barrierefreies Bauen. Das wurde mit Handwerkern gegründet und das gibt es noch. Die Handwerker sind geschult worden und als Ansprechpartner noch immer vor Ort. Grundsätzlich kann jeder Handwerker barrierefrei bauen und Gebäude dementsprechend ausstatten. Das Angebot richtet sich weniger an die individuell Betroffenen, sondern eher an Multiplikatoren.

Im Jahr 2022 gab es zwei Fahrten, einmal zum WohnXperium in Chemnitz und zur TU nach Berlin. Dort bestand für Berater die Möglichkeit sich über Alltagserleichterungen zu informieren. Es reicht nicht aus zu wissen, welche Technologien gibt es, zur Umsetzung werden die Handwerker gebraucht.

Frau Witt verweist auf den Sozialatlas. Warum wird das dort nicht eingepflegt und man hat eine Stelle für alles?

Frau Trempler erklärt, der Sozialatlas wird mitbeworben. Bei den Netzwerkveranstaltungen wird aktiv aufgefordert, sich eintragen zu lassen. Der Sozialatlas ist für Betroffene und Angehörige, wobei die Koordinierungsstelle „Barrierefrei“ sich mehr an die Anbieter richtet.

Frau Böttcher berichtet von Veranstaltungen in Jüterbog. Neben Barrierefreiheit gibt es hohe Anforderungen des Denkmalschutzes, die bei der Umsetzung der Barrierefreiheit ebenfalls eine Rolle spielen. Gerade für solche Gebäude ist es wichtig, eine Anlaufstelle zu haben.

Frau Trempler fragt nach, ob in den Gesprächen zur Sozialraumorientierung, die der Landkreis durchführt, diese Problematik eingearbeitet wird.

Frau Gurske erklärt, bei den Terminen „Miteinander leben, miteinander reden“ sind die Themen immer davon geprägt, was die Kommunen selber als Wunsch einbringen. Sowohl die Bürgermeister als auch die LIGA können Themen benennen, die dann aufgegriffen werden. Die grundsätzliche Möglichkeit, dazu am Nachmittag einen Thementisch zu veranstalten, besteht immer.

TOP 7

Die Digitalisierung des Gesundheitsamtes – bisherige Fortschritte, aktueller Stand, zukünftige Entwicklungen und Ziele

Herr Donath informiert zum Stand der Digitalisierung im Gesundheitsamt. Die Power-Point-Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Witt fragt nach der Zusammenarbeit mit dem Amt für Digitalisierung und Informationstechnik. Gelingt es, die Mitarbeiter zu motivieren und im Prozess der Digitalisierung mitzunehmen? Sind genügend Mittel im HH eingestellt?
Ist eine Schnittstelle für die Einschulungsuntersuchungen zur Elina-App geplant?

Herr Donath antwortet, an der Elina-App ist das Gesundheitsamt nicht beteiligt. Konkrete Pläne zur Einbindung der Schuleingangsuntersuchung gibt es bisher nicht.

Mit dem Amt für Digitalisierung und Informationstechnik (A 17) gibt es in regelmäßigen Abständen Beratungen. Es wurde eine AG IT-ÖGD gebildet. In ihr sind Vertreter aller Sachgebiete aus dem Gesundheitsamt sowie A 17, Vertreter aus dem Personalamt, SG Organisation, Personalrat und Datenschutzbeauftragter.
Es wird ausschließlich mit den Fördermitteln gearbeitet, die durch Bund und Land zur Verfügung gestellt werden.

TOP

Beschlussvorlagen

TOP 8

Evaluierung des Leitbildes (6-4876/22-LR/3)

Frau Gurske führt einleitend aus, dass im Jahr 2022 das Leitbild in seiner Entwurfsfassung im AGS und JHA zur Diskussion vorlag. Nach dem Durchlauf in allen Fachausschüssen sollte im Kreisausschuss die finale Beschlussfassung erfolgen. Nach der Einzelbefassung in den Ausschüssen gab es Rückmeldungen aus den Fraktionen. Diese waren so detailliert und umfangreich, dass die Verwaltung zu den einzelnen Positionen nochmal Stellung genommen hat und ein weiterer Durchlauf durch die Ausschüsse erforderlich ist.

TOP 8.1

Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (SPD-Kreistagsfraktion) (6-5004/23-KT)

Frau Gurske führt einleitend zu den einzelnen Positionen des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion aus.

Für den Bereich Gesundheit und Soziales ist die Verwaltung in den meisten Punkten der Auffassung, dass die bisherigen Vorschläge beibehalten werden sollten, weil die Änderungsanträge entweder zu sehr in den Bereich Maßnahmen gehen oder aber die Formulierung in der Änderung so weitreichend sind, dass sie sich zu sehr von der konkreten Arbeit der Kreisverwaltung abheben.

Frau Witt stimmt zu, dass den von der Verwaltung vorgeschlagenen Formulierungen gefolgt werden kann, bis auf die Punkte 11 und 12, wo noch Diskussionsbedarf besteht.

Ergänzung Punkt. 11, Förderung von Gemeinwesen und Ehrenamt. Nach dem letzten Satz soll eingefügt werden, „Dabei werden Institutionen und Vereine, die ehrenamtlich tätig sind, unterstützt.“

Frau Böttcher stellt den Änderungsvorschlag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Die Formulierung bleibt so bestehen, wie im Leitbildentwurf aufgenommen.

Änderung Punkt, 12, „Barrierefrei für alle“. Zur Erläuterung: Nicht nur Senioren sind von der Barrierefreiheit betroffen, sondern auch Kinder und Jugendliche, daher ist es zielführender die Überschrift entsprechend zu ändern.

Frau Gurske wird mit Empfehlung des Ausschusses den Änderungsvorschlag zu Punkt 12 in den Kreisausschuss geben.

Frau Böttcher stelle den Änderungsvorschlag „Barrierefreiheit für alle“ zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 8.2

Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Evaluierung des Leitbildes (Fraktion CDU/BV/FDP/VUB) (6-5024/23-KT)

Frau Gurske führt einleitend aus, dass im Änderungsantrag der CDU/BV/FDP/VUB-Kreistagsfraktion der Punkt 4 Soziales, Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden der Abstimmung in diesem Ausschuss bedarf. Der Vorschlag beinhaltet die Streichung des letzten Halbsatzes im ersten Satz. Nach Abstimmung in der Verwaltungsleitung kann dem gefolgt werden.

Frau Böttcher stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.
„Der Landkreis trägt Sorge für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Frau Böttcher beendet die Sitzung.

Luckenwalde, d. 23.05.2023

.....
Ausschussvorsitzende

.....
Protokollführerin